

Weltwährungssystem - Dollarkrise

Der grösste und weitreichendste Wirtschaftsskandal unserer Tage findet zur Zeit durch die **Manipulationen an den Geld- und Währungssystemen statt. Der Geldbetrug hat erstmalig eine globale Dimension**, weil er sich **weltumspannend** abspielt, **von keiner Regierung mehr kontrolliert, gestoppt oder verhindert werden kann** und weil er nach den veralteten nationalen Gesetzen formell sogar legal stattfindet. Der entscheidende Schritt weg vom Staatsgeld war 1913 die Gründung des Federal Reserve System in den USA. Schon Ende des 19. Jahrhunderts starteten die **Banken, die durch das Rothschild-Imperium kontrolliert waren**, eine grosse Kampagne, um die reiche US-Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen. Die europäischen Rothschilds finanzierten die **J. P. Morgan & Co Bank, die Bank von Kuhn Loeb & Co., John D. Rockefellers Standard Oil Co., Edward Harrimans Eisenbahn und Andrew Carnegies Stahlwerke.** Um das Jahr 1900 sandten die Rothschilds, **Paul Warburg**, einen ihrer Agenten in die USA um mit **Kuhn Loeb & Co. Bank zusammenzuarbeiten. Jacob Schiff und Paul Warburg starteten** eine Kampagne für die Errichtung der „Federal Reserve Bank“ (FED) als fest installierte private Zentralbank in Amerika. Unter der Führung der beiden Grossfinanzgruppen Rothschild und Rockefeller gelang es, eine private Zentralbank zu schaffen **mit dem Recht, eigenes Geld auszugeben, welches gesetzliches Zahlungsmittel wurde und für welches anfangs noch die amerikanische Regierung garantierte.** Die Einführung der FED 1913 ermöglichte nun den internationalen Bankiers, Ihre finanzielle Macht in den USA zu festigen. Paul Warburg wurde der erste Vorsitzende der FED. Dem Beschluss zur Gründung der FED folgte der 16. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung, der es nun der Regierung ermöglichte, **das persönliche Einkommen der US-Bürger zu besteuern.** Das war die Konsequenz daraus, dass **die US-Regierung nun kein eigenes Geld mehr drucken durfte.** Nun hatten sich die internationalen Bankiers den indirekten Zugriff auf das Privatvermögen der amerikanischen Staatsbürger verschafft. Zu diesem Zeitpunkt waren die wichtigsten Aktienbesitzer der FED:

1. Die Rothschildbanken aus Paris und London.
2. Lazard Brothers Bank aus Paris
3. Israel Moses Self Bank aus Italien
4. Warburg Bank aus Amsterdam und Hamburg
5. Lehmann Bank aus New York
6. Kuhn Loeb & Co. Bank aus New York
7. Rockefellers Chase Manhattan Bank aus New York
8. Goldman Sachs Bank aus New York.

In dieser privaten Bank (FED) wurden nach dem Ersten Weltkrieg die Goldreserven der Welt zusammengekauft, mit der Folge, dass viele andere Währungen ihren Goldstandard nicht mehr halten konnten und in der Deflation zusammenbrachen - die erste Weltwirtschaftskrise. Auch während des Weltkrieges **verlangten die USA Gold für die Bezahlung von Rüstungsgütern** von den kriegführenden Nationen. Auch Deutschlands Gold musste nach Kriegsende als Kriegsbeute abgegeben werden. So sammelten sich mehr als 30.000 Tonnen Gold der Welt allein in den USA. Dieses Gold diente **als Deckung für den US-Dollar.** Da aber ein grösserer Teil der Dollars in den Zentralbanken der Welt als Reservewährung gehalten wurde, **konnten die USA mehr Dollars drucken und ausgeben als sie an Goldbasis hatten.** Die Länder der Welt brauchten nämlich die Dollars, um die Rohstoffe zu kaufen, die nur auf Dollarbasis gehandelt wurden. Neben dem Gold wurde also der US-Dollar immer stärker in den anderen Zentralbanken zur Hauptwährungsreserve. **Die Dollarherrschaft über die Welt hatte begonnen.** 1971 **kündigte US-Präsident Richard Nixon** (1969-1974 37. Präsident der USA) die Einlöschungspflicht des Dollars in Gold (den Golddollarstandard) und zugleich **die Haftung des Staates für den US-Dollar auf. Seitdem sind die Dollarnoten weder real durch Gold noch durch eine Staatshaftung gedeckt, also eine freie private Währung der Federal Reserve Bank (FED).** Und die von der FED selbst bestimmte Dollarumlafmenge (die FED veröffentlicht seit März 2006 die Geldumlaufmenge des US-Dollars „M3“ nicht mehr) wurde zum unlösbaren Problem: Denn während sich in den letzten 30 Jahren **die Gütermenge der Welt nur vervierfachte, hat sich die Goldmenge vervierzigfacht.** Doch wie funktioniert diese Privatbank, **welche das Recht hat, den Dollar zu drucken?** Die FED produziert „Federal-Reserve-Noten“ = Dollar-

scheine. **Diese Noten werden dann für Obligationen (Schuldverschreibungen) an die US-Regierung verliehen, die der FED als „Sicherheit“ dienen. Diese Obligationen werden von den FED-Banken gehalten, die wiederum jährliche Zinsen daraus beziehen** - raffiniert nicht? **Bereits 1992 betrug der Wert der Obligationen, die durch die Privatbanken der FED gehalten wurden, rund 5.000.000.000.000 US-Dollar** und die Zinszahlungen der US-Steuerzahler dafür steigen ständig. **Dieses ganze unglaubliche Vermögen hat die FED erschaffen, indem sie der US-Regierung Gold leiht und dafür hohe Zinsen kassiert. Der Gegenwert: farbig bedrucktes Papier genannt „DOLLAR“.**

Noch einmal: **Der US-Dollar wird nicht von der US-Regierung herausgegeben, sondern von der FED, einem Zusammenschluss privater Banken, welcher der US-Regierung das Geld zur Verfügung stellt und dafür kräftig Zinsen kassiert und Steuern erhebt.** Dieser Schwindel fällt kaum jemandem auf. Dazu kommt, dass **die FED durch die Obligationen der US-Regierung das Pfandrecht staatlich und privat auf den Grundbesitz der gesamten Vereinigten Staaten von Amerika hat.** Zahllose Gerichtsverfahren, um das FED-Gesetz rückgängig zu machen, waren bisher ohne Wirkung. Der erste, der es versuchte, war Präsident **John F. Kennedy, der am 4. Juni 1963 ein präsidiales Dokument einbrachte** („executive order number 11110“), **um die FED zu kippen.** Kurz darauf wurde er vom eigenen Geheimdienst erschossen. **Die erste Amtshandlung seines Nachfolgers, Lyndon B. Johnson war es, genau diese Amtshandlung seines Vorgängers noch im Präsidentenflugzeug am Rückflug von Dallas nach Washington rückgängig zu machen.**

Und heute? Mit allen Mitteln versuchen die Privatbanken ihre gigantische Einkommensquelle „US-Dollar“ aufrechtzuerhalten und abzuschern. **Staaten, welche ihre Internationalen Handelsbeziehungen auf Euro-Basis umstellen wollen, werden zu Terroristen erklärt** (Irak, Iran, Venezuela). Regierungen, werden gezwungen, Sachgüter gegen wertlose Dollars in die USA zu liefern und durch die hemmungslose Geldvermehrung hat die Hochfinanz unbegrenzte liquide Mittel, mit denen sie weltweit einkaufen kann. **Weltweit werden die Zentralbanken gezwungen die wertlosen Dollars als „Währungs-**

reserven“ zu halten. **Der US-Dollar ist das private Geld der Hochfinanz, von niemandem ausser ihr selbst garantiert zur Gewinnmaximierung missbraucht, hemmungslos vermehrt und zum Instrument ihrer Weltherrschaft und zum Hilfsmittel für den Raub aller wichtigen Rohstoffe und Sachwerte der Welt missbraucht.**

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDLAGE

REGISTRATION D-70209 BUEBINGEN TELEFON 071431 510 TELEFAX 07143 7112

Die chinesische „Computerspionage“ geht weiter
Der neue oberste Geheimdienstchef der Volksrepublik China, Geng Huichang ist als „Fachmann für Wirtschaftsspionage“ einzustufen. Er war über zwei Jahrzehnte mit der Pflege der internationalen Beziehungen seines Landes betraut und besuchte in diesem Zusammenhang etliche chinesische Diplomaten an ihren auswärtigen Einsatzorten. Dort schärfte er ihnen stets ein, die „business intelligence“ - die Wirtschaftsspionage - im Interesse der heimischen Arbeitsplätze mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu pflegen und auszubauen. An dieser Devise hält er nun auch als Geheimdienstchef fest. Eine seiner ersten Amtshandlungen war eine Anweisung, die in aller Welt lebenden Auslandschinesen an „ihre patriotischen Pflichten“ zu erinnern, was eingeweihte Beobachter als eine Anweisung zum Ausbau der Wirtschaftsspionage interpretieren.

Der Aktionärsbrief

professionell! pragmatisch! preiswert!

Der Chef der britischen Notenbank, King, sendete das deutlichste Signal: „Wir sind nicht dazu da, für Anleger die Kohlen aus dem Feuer zu holen.“ Jene Marktteilnehmer, die derzeit in Schwierigkeiten stecken, müssen sich selber arrangieren. Das gilt vor allem für die Banken. Die Notenbanken sind zwar bereit, dies zu unterstützen, um reale volkswirtschaftliche Risiken zu begrenzen, aber nicht, um für die Fehler und Verluste aus spekulativen Exzessen geradzustehen. Das ist eine sehr wichtige Botschaft an alle Marktteilnehmer, die in den letzten 36 Monaten meinten, sie hätten Gelddruckmaschinen erfunden und nun realisieren, dass es diese nicht gibt.

CH-D Wirtschaft

Dezember 1995

Geringer Preisanstieg

Die Teuerung in der Schweiz ist im Juni nur leicht gestiegen. Der vom Bundesamt für Statistik (BfS) berechnete Landes-Index der Konsumentenpreise verzeichnete gegenüber dem Vormonat einen Anstieg um 0.1%. Im Vorjahresvergleich stiegen die Preise um 0.6%, im Mai hatte die Jahresteuerrate bei 0.5% und im Juni 2006 noch bei 1.6% gelegen.

Die Preise im Bereich Verkehr stiegen im Juni gegenüber dem Vormonat um 0.6%, was sich durch die um 2.1% gestiegenen Benzinnpreise erklären lässt. Die Preissteigerungen im Bereich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+0.5%) gründeten in erster Linie auf eine meist saisonbedingte Verteuerung der meisten Früchte- und Gemüsesorten. Im Bereich Wohnen und Energie (+0.1%) erhöhten sich die Heizölpreise gegenüber dem Vormonat zwar um 0.8%, liegen aber immer noch um 3.6% unter dem Vorjahresniveau. Im Bereich Freizeit und Kultur (-0.4%) fielen die Preise im Gefolge von Preisabschlägen bei PC-Hardware, Aufzeichnungsmedien sowie Fernseh-, Audio- und Videogeräten. Aufgrund von günstigeren Telekom-Geräten sank auch die Indexpfiffer für Nachrichtenübermittlung leicht um 0.1%. Betrachtet man das Preisniveau nach Herkunft aufgeschlüsselt, so verteuerten sich die Importgüter (+0.3%) im Vergleich mit dem Vormonat etwas stärker als die Inlandgüter (+0.1%). Im Vergleich mit dem Vorjahr stiegen die Inlandgüter um durchschnittlich 1.1%, während die Preise der Importwaren um 0.5% sanken.

CH-D Wirtschaft

Dezember 1995

Rentenalter steigt an

Die Deutschen gehen immer später in Rente. Das durchschnittliche Zugangsalter bei den Altersrenten sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, teilte die Deutsche Rentenversicherung dem Bund mit. Im Jahr 2006 hätten Frauen im Durchschnitt mit 63.2 Jahren und Männer mit 63.3 Jahren ihre erste Altersrente bezogen. Frauen gingen damit 0.8 Jahre und Männer 1.2 Jahre später in Rente als noch vor zehn Jahren.



Hanseatischer Börsendienst International

International

seit 43 Jahren am Puls der Wirtschaft

Börsenprognosen · Anlageempfehlungen · Analysen · Hintergrundinformationen aus der Wirtschaft

Die amerikanische Notenbank hat am Dienstag also das getan, was die meisten Börsianer sich von ihr erhofft hatten: Sie hat ihre Leitzinsen erstmals seit vier Jahren gesenkt und zwar gleich um 50 Basispunkte. Zur Begründung wurde auf die wegen der Hypothekenkrise angespannte Lage an den Finanzmärkten und die eingetrübten Wachstumsaussichten verwiesen. Und die Akteure an den Finanzmärkten scheinen deswegen auch mit noch weiteren Zinssenkungen zu rechnen. Am Terminmarkt preisen die Fed-Funds-Futures jedenfalls eine weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte auf 4.50 Prozent beim nächsten Treffen des Offenmarktausschusses am 30. und 31. Oktober zu 60 Prozent ein. Vor der Zinsentscheidung waren es erst zwölf Prozent gewesen. Für die Sitzung am 11. Dezember ist ein Leitzins von 4.50 Prozent voll eskomptiert, während einem Stand von 4.25 Prozent eine Wahrscheinlichkeit von 64 Prozent zugemessen wird. In einer ersten Reaktion auf den Zinsentscheid legten die Aktienkurse an der Wall Street zu, während die Notierungen der Staatsanleihen an Boden verloren und der Dollar gegenüber dem Euro auf ein Rekordtief absackte.

AUSTRIA BÖRSENBRIEF

Wien: Bergauf

Deutlich bergauf ging es an der Wiener Börse. Der Markt hielt sich damit im internationalen Trend, der die Zinssenkung in den USA um 0.50% feierte. Die Umsätze und Bewegungen nach oben sind durchaus kräftig ausgefallen. Wir bleiben daher für die kommenden Wochen optimistisch. Vor allem im Finanzsektor sollte Aufholpotenzial gegeben sein.



USA

Die Daten vom US-Immobilienmarkt sind nach wie vor erschreckend: Baubeginne und Baugenehmigungen fielen auf den niedrigsten Stand seit 1995. Die Zahl der Zwangsversteigerungen stieg im August erneut um 36 Prozent.

Finanz brief

Der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück will bald allen deutschen Auslandsrentnern an den Steuerkragen. Man könnte es die Einführung der „Mallorca-Steuer“ nennen. Die Finanzverwaltung wird bald einen über Jahrzehnte gehegten Wunsch umsetzen können: **Es sollen die über 140 Doppelbesteuerungsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten dieser Welt nach „Steuer-schlupflöcher“ durchsucht werden.** Findet man welche, werden diese Abkommen gekündigt und neu verhandelt. Mit der Zielrichtung „mehr Steuern für Deutschland“, Steuerliche Nachteile für den deutschen Fiskus sollen ein für alle Mal abgeschafft werden.

Treffen würden diese Massnahmen auch die so oft genannten Mallorca-Rentner. Wer seinen Wohnsitz auf den Balearen hat und sich dorthin die Rente überweisen lässt, muss in Deutschland (bislang) keine Steuern zahlen. Nun hat der Finanzminister in den letzten Jahren fleissig daran gearbeitet, **Steuern (und Abgaben) auf Rente anzuheben.** Mit der Zeit werden auch immer mehr Renteneinkommen über die Inflation in steuerpflichtige Bereiche verstossen, dann nämlich, wenn die Steuertabellen nicht regelmässig der Inflation angepasst werden. Das demographisch bedingt immer weiter anwachsende Heer von Rentnern in den nächsten drei Jahrzehnten soll sich nicht aus der Steuerpflicht schleichen können. Daran wird nun ausgerechnet unter der CDU geführten Grossen Koalition systematisch von einem SPD Minister geleiteten Finanzministerium gearbeitet.



Sicherer Osten

Bei den im Blickpunkt der Märkte stehenden Carry Trades sind der Franken und vor allem der Yen als Finanzierungswährung bekannt. Jüngst geriet eine weitere Währung für die Zinsarbitrage-Geschäfte ins Gespräch: die Tschechenkrone (CZK). Als Verschuldungswährung interessant machen sie der stabile Kursverlauf sowie ein tiefer Zinssatz. Tschechien hat mit 3.25 Prozent das niedrigste Zinsniveau der

EU. Selbst wenn es in den kommenden Monaten zu weiteren Zinsbehebungen kommen sollte, dürfte sich die Zinsdifferenz zur Europäischen Zentralbank nicht verringern. Seit Januar 2007 kletterte das Währungspaar EUR/CZK, ausgehend von der 27.40er Marke, auf ein Jahreshoch von 28.80. Zuletzt ging es aufgrund der Finanzmarkt-turbulenzen, die in der Regel zum Rückkauf dieser Währung führen, wieder in Richtung der Jahreseröffnung bergab. Die andern Währungen Osteuropas wie Zloty oder Forint wurden im Zuge der US-Hypothekenkrise als spekulative Investments verkauft. Die Tschechenkrone hat sich hingegen als defensive Währung bewährt, als sicherer Hafen in den Emerging Markets. Um 27.60 sollte sich EUR/CZK fangen und erneut aufwärts tendieren. Insgesamt hat die Tschechenkrone das Zeug, sich neben Yen und Franken als dritte Finanzierungswährung für Carry-Trades zu etablieren.

(von: Christian Pohl)

Effecten Spiegel

HLV: Unsicherheit am span. Immobilienmarkt

Die US-Hypothekenkrise hinterlässt auch in Spanien Ihre Spuren; und Angst vor einer harten Landung des überhitzten Immobilienmarktes wird laut. „Spanien hat ähnlich wie die USA einen beispiellosen Bauboom hinter sich. So wurden in den letzten 10 Jahren jährlich bis zu 800.000 neue Wohnungen gebaut“, so der Leiter Portfolio und Asset Management der Hypo LB Vorarlberg in Bregenz, Roland Rupprechter. Dies sei teilweise mehr als in Deutschland, Frankreich u. Italien zusammen. Gleichzeitig schnellten die Immobilienpreise in die Höhe. Inflationsbereinigt liege die Steigerung in den letzten 9 Jahren bei 130%. Längst könnten Wohnungen nicht mehr sofort verkauft werden und bleiben zunächst leer. Durch die sukzessiven Zinserhöhungen der EZB stiegen auch die Zahlungsausfälle bei den Hypotheken 2006 erstmals um 30%. „Der Immobiliensektor ist neben dem privaten Konsum der Hauptmotor der spanischen Wirtschaft. Eine Abkühlung in der Baubranche könnte durch einen deutlichen Beschäftigungsrückgang schwerwiegende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen“, warnt Rupprechter.

Effecten Spiegel

Erneuter Etappensieg für HVB-Kleinaktionäre

Prüfer darf HVB haarklein durchleuchten

Der umstrittene Verkauf der früheren Tochter Bank Austria kann für die HVB ein teures Nachspiel haben. Vor dem Landgericht München erlitt das Kreditinstitut eine Schlappe gegen den sog. „besonderen Vertreter“. Diesen hatten die Kleinaktionäre auf der letzten HV durchgesetzt, weil sie den Verkaufspreis für viele zu niedrig halten. Der „besondere Vertreter“, RA Dr. Thomas Heldel, erhält dem „sehr deutlichen“ Urteil zufolge nun Zugang zu internen Dokumenten, um die Veräusserung der österr. Tochter an die ital. Konzernmutter UniCredit genauestens unter die Lupe zu nehmen. Heldel darf alle Vorstands- u. AR Protokolle seit 2005 sowie Entwürfe und Emails einsehen. Auch Unterlagen der Steuer- u. Rechtsabteilung dürfe er prüfen sowie weitere Korrespondenzen, die zu dem Verkaufspreis von rd. 13 Mrd Euro führten. Kleinaktionäre hoffen, damit nachweisen zu können, dass der HVB-Vorstand die einstige Ertragsperle deutlich unter Wert veräussert hat, was zu milliarden-schweren Schadenersatzansprüchen führen könnte. Die Kleinaktionäre argumentieren, eine Auktion hätte einen viel höheren Preis ergeben können. Der zuständige Richter Helmut Krenek hatte in einem anderen Verfahren angedeutet, dass auch er Zweifel an der damaligen Bewertung der Bank Austria hegt. Im Frühjahr hatte der Richter der HVB daher einen Vergleich vorgeschlagen. Unicredit sollte den Kaufpreis für das Bank-Austria Paket um etwa 5 Mrd Euro erhöhen, um die Klagen zu beenden. In einem anderen Verfahren fordern 8 ausländische Investoren über 17 Mrd. Euro Schadenersatz. Es bleibt also spannend, auch für die Effecten-Spiegel AG, die ihre Beteiligung zwischenzeitlich auf 1.1 Mio HVB-Aktien aufgestockt hat.

Der Aktionärsbrief

professionell! pragmatisch! preiswert!

Der deutsche Aktienmarkt bleibt in Warteposition. Zumindest gemessen am Verlauf der Indizes. Dabei verbessert sich sogar das technische Bild. Die 7.400 sind ein echter Boden auf den man bauen kann. Das ist schon mal ein erster Schritt.

Das niedrige KVG der deutschen Aktien für 2007 und 2008 liefert keinen neuen Impuls, um aus sich heraus höhere Kurse zu ermöglichen. Zumal sie im internationalen Vergleich auch nicht überdurchschnittlich niedrig sind. Ausserdem sind sämtliche Schätzungen für 2008 mit einem riesigen Fragezeichen versehen. Verlassen kann man sich auf diese Zahlen heute nicht mehr.

FINANZWOCHE

***** Kapitalbrief für Anleger in Deutschland und der Schweiz *****

Es dürfte u.E. nicht den geringsten Zweifel daran geben, dass die US-Konjunktur in Zukunft wesentlich schlechter abschneiden wird, als in den meisten Prognosen angenommen wird (zuletzt Prognosen von ca. 1.9% Wachstum in diesem Jahr). Wenn man anhand der jüngsten US-Handelsbilanzzahlen sieht, wie schwach sich die **US-Importe** entwickeln und wie die **US-Beschäftigtenzahlen** sogar zurückgehen (ein klares Zeichen für eine Rezession), sieht man an realen Zahlen, dass die US-Konjunktur bereits heute wesentlich schlechter dasteht als die offiziellen Zahlen (angeblich 4% Jahreswachstum im 2. Quartal).



Ärger mit einem unerfreulichen Gast hat **Medlon-Chef Gerd Brachmann**. Die "bekifftete Angelina" hat sich auf einigen Festplatten des Computerherstellers eingenistet. Und die wiederum wurden ausgerechnet an den Grosskunden Aldi - zum Teil auch in die Schweiz - ausgeliefert. Nun könnte man meinen, dass ein Virus aus dem Jahr 1994 kein Problem für einen neuen Schädlings-Scanner darstelle. Weit gefehlt: Die vorinstallierte Software erkennt Stoned Angelina zwar, kann ihr aber nichts anhaben.



Hedge Funds Klar im Minus

Der August war für Hedge Funds ein katastrophaler Monat. Laut Hedge Funds Research (HFR) liegen diese Fonds, gemessen am HFRX Global Hedge Funds Index, seit Mitte Juli 5.3 Prozent im Minus. Der MSCI-Weltaktien-Index verlor im selben Zeitraum 6.1 Prozent. Das zeigt: Hedge Funds sind, entgegen den eigenen Marketingversprechen, kein probates Anlageinstrument gegen Börsenverluste. Die Verluste variierten zwischen 2.5 Prozent (Merger Arbitrage) und 12.6 Prozent (Macro-Strategien). Nach den Statistiken von Credit Suisse/Tremont war der August gar der schlechteste Monat überhaupt für die Hedge-Fund-Industrie.

Und die Krise ist noch nicht ausgestanden. Da viele Hedge Funds Käufe und Verkäufe der Anteilscheine nur quartalsweise erlauben, wartet die Branche gespannt auf den 30. September. „Wir glauben, dass viele Investoren diesen Stichtag nutzen werden, um Geld abzubauen“, so Mark Pearce, Spezialist für Alternative und Fixed Income der Fondsgruppe Threadneedle, gegenüber dem Branchen-Informationsservice e-fundre-search.com.

Der Aktionärsbrief

professionell! pragmatisch! preiswert!

Über den Dollar und über die Zinsen müssen alle neu nachdenken.

Beide sind durch die Bankenkrise in einer Sondersituation, die nichts mit den mittelfristigen Trends zu tun hat. Das gilt insbesondere für das neue Tief des Dollars. Sowie die Krise abklingt, erwarten wir eine Rückkehr zu der ursprünglichen Tendenz, die für steigende Zinsen am langen Ende und einen festen Dollar sprachen.

BK Der Börsenkurier

Hände weg!

Der **Börsen-Kurier** wird nicht müde, Anleger vor Werbe-e-Mails mit unseriösen Aktienempfehlungen zu warnen. Denn gerade in Zeiten von sehr volatilen Märkten versuchen Versender dieser Botschaften oftmals damit Kurse von Aktien, die sie selber besitzen, zu beeinflussen. Also bitte Hände weg von solchen „Empfehlungen“, die per e-Mail empfangen werden!



Handy weg vom Steuer – die Fortsetzung

Die wohl sehr tageslaune-abhängige Rechtsprechung zum Handy als Steuer ist in dieser Rubrik bereits gewürdigt worden. So ist etwa der Griff zum Handy verboten, um die Uhrzeit abzulesen. Das Oberlandesgericht Bamberg fügt der Tragödie einen weiteren Akt hinzu: Keine Benutzung des Handys ist es, wenn ein Fahrer es während der Fahrt aus dem Fussraum aufhebt (Az. 3 Ss OWi 452/07).



Raucherpausen: Haben Arbeitgeber und Betriebsrat eine Gleitzeitregelung getroffen, nach der die Mitarbeiter des Unternehmens das Zeiterfassungsgerät zu betätigen haben, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlassen, so kann der Arbeitgeber einseitig bestimmen, dass dies auch dann gilt, wenn Raucher (denen in diesem Betrieb das Rauchen nur in bestimmten Bereichen gestattet ist) eigens eingerichtete „Raucher-Inseln“ aufsuchen. Das **Landesarbeitsgericht Hamm** (Az.: 10 TaBV 33/04): „Ein Anrecht auf bezahlte Raucherpausen, die sich schnell auf eine halbe Stunde Arbeitsausfall pro Tag summieren können, gibt es nicht.“



Die Unterschiede zwischen dem Chef der US-Notenbank **Ben Bernanke** und seinem legendären Vorgänger **Alan Greenspan** treten immer deutlicher hervor. So hat Bernanke mit der Zinssenkung am Dienstag wesentlich länger gewartet, als dies unter Greenspan üblich war. Dieser hätte wahrscheinlich bereits vor vier bis sechs Wochen dem Finanzsektor unter die Arme gegriffen, als es die Fed unter der heutigen Führung noch mit einer Senkung des weniger bedeutenden Diskontsatzes belies. Zudem liess Greenspan einem Zinsschnitt immer weitere folgen. Bernanke liess es dagegen in seiner Erklärung vom Dienstag völlig offen, ob weitere Zinssenkungen zu erwarten sind.



Steht der Silberpreis vor einer Explosion?

Theodor Butler, einer der führenden Analysten am Silbermarkt, glaubt, dass die Silberpreise künstlich beeinflusst worden sind. **Eine Theorie, welche momentan im Markt die Runde macht, besagt, dass die größten acht Händler der Comex mit mehr als 300 Millionen Unzen short gegangen sind.** Das ist mehr Silber, als momentan in den Lagern von Comex und der SLV vorhanden ist. Auf Finfacts.com fasst Butler die Situation zusammen: „**Wenn es etwas gibt, was Silber von den anderen Anlagen unterscheidet, dann ist es das Vorhandensein einer noch nie dagewesenen Konzentration von Short-Positionen in den „Comex Silver Futures“.** Und es ist gerade diese Konzentration von Short-Positionen, die ab einem bestimmten Punkt dazu führt, dass der Silberpreis ins Unermessliche steigt.

Die Short-Positionen sind so groß geworden und werden von so vielen Marktteilnehmern gehalten, dass es nun keine Rolle mehr spielt, wie sie wieder aufgelöst werden. Aber sie müssen irgendwann wieder aufgelöst werden und dabei ist es egal, ob dieses durch Glattstellung oder durch Lieferung geschieht, beides wird den Silberpreis weiter in die Höhe treiben. Sie brauchen sich lediglich die enormen Comex-Short-Positionen anzusehen, um zu erkennen, warum Silber nicht jeden anderen Rohstoff „outperformed“ hat. Aber dieses erklärt nicht nur die Underperformance, sondern auch, dass es einen Preissprung in der Zukunft geben muss. **Ab einem gewissen Punkt muss der Silberpreis in die Höhe schnellen und Werte erreichen, welche wirklich schockierend sind.**

Laut Finfacts beträgt der Wert des gesamten bereits geförderten Silbers nur 4,2 Mrd. US\$! Einige Hedge Fonds haben daher den Silbermarkt bereits ins Visier genommen. Charles Supapodok von Artemis Capital Management möchte einen 300 Millionen US\$ schweren Hedge Fond auflegen, welcher in der Hauptsache in Silber investieren soll. Der Artemis Silver Fund, der von Artemis Capital Management beraten wird, wird 80 Prozent seines Fundvermögens in Silber anlegen.

Es ist überflüssig zu erwähnen, dass es in diesem weltweit recht kleinen Silbermarkt genügt, wenn nur ein kleiner Teil von weltweit Tausenden von Hedge Fonds Long-Positionen eingeht, um den Silberpreis in die Höhe schießen zu lassen.



Finanzarbeitsgruppe des Präsidenten wieder aktiv

„... wir haben die Finanzarbeitsgruppe des Präsidenten wieder ins Leben gerufen...“, sagte **Hank Paulson (U.S. Treasury-Sekretär) im berühmten US-Börsensender CNBC am vergangenen Freitag.** Steve Liesman führte das Interview mit Herrn Paulson. Er gab bekannt, was unternommen wird, um die Märkte zu stützen. Natürlich übersah Herr Liesman diese unglaubliche Form der Marktbeeinflussung.

Andere nennen die „Finanzarbeitsgruppe des Präsidenten“ auch gerne die Absturzschutztruppe (PPT). Die so genannte „President's Working Group“ wurde am 18. März 1988 durch einen Erlass des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan gegründet.

Die Gründung erfolgte damals als direkte Antwort auf die Turbulenzen rund um den 19. Oktober 1987 („Schwarzer Montag“). Diese sollte der Legislative Ratschläge erteilen und dem privaten Sektor helfen, **die Effizienz, die Unversehrtheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte zu bewahren.** Zudem wollte man das Vertrauen der Investoren aufrechterhalten. Die Anweisung des Präsidenten Reagan kann vollständig auf der Internetseite des US-Nationalarchivs eingesehen werden.

Der US-Treasurysekretär wurde zum Leiter der Arbeitsgruppe bestellt. Dies ist kein geringerer als Hr. Paulson selbst. Wenn Sie die Kursverläufe von US-Aktien selbst betrachten, erscheint die Einrichtung dieser Gruppe mehr als ungewöhnlich. Derzeit haben US-Aktien die Verluste seit Beginn wieder aufgeholt, der Dow Jones notiert nur knapp unter seinem Allzeithoch. **Hat sich denn in der Zwischenzeit nichts verändert? Wurde die Krise übertrieben dargestellt? Vielleicht war die Arbeitsgruppe im Einsatz, um den Märkten wieder auf die Sprünge zu helfen.**

John Crudele, Reporter bei der New York Post, würde Herrn Paulson gerne einige Fragen stellen; Fragen, welche Liesman nicht formulierte. In der Tat versuchte Crudele, die Protokolle aller Treffen der Arbeitsgruppe auf Grundlage des „Freedom Informations-Gesetzes“ zu bekommen. Er wartet seit einem Jahr vergeblich. Während er so wartete, bekam er die Idee, ein Interview mit Herrn Paulson zu organisieren. Die Antwort vom Finanzministerium gab zu erkennen, dass er kein Interview zu erwarten hat.



Die Zahl der Internet-Nutzer, deren Konten mit geklauten Passwörtern geplündert werden, stieg im vergangenen Jahr um nicht weniger als 23 Prozent. Das zeigt eine Erhebung des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) bei den Landeskriminalämtern. Bundesweit hoben Betrüger in mehr als 3.250 Fällen rund 13 Mio. Euro von den Konten ihrer Opfer ab, so eine Hochrechnung vom Bitkom. „Die Zahl der Phishing-Opfer wird auch dieses Jahr um rund ein Viertel steigen“, sagt Bitkom-Vizepräsident Heinz Paul Bonn auf Basis der offiziellen Daten nach dem ersten Halbjahr 2007. Die meisten Opfer melden Bayern, Baden-Württemberg und Berlin.

Polizei oft machtlos

Im ersten Halbjahr 2007 kletterte der durchschnittliche Schaden auf 4.700 Euro pro Fall. Zwar gelingt es in einigen Fällen, betrügerische Überweisungen zu stoppen. Doch die rechtlichen Mittel reichen nicht. „Wir brauchen dringend ein belastbares Gesetz gegen Phishing“, sagt Bonn. Bisher ist der Kontodatenklau nicht eindeutig verboten – die Polizei kann oft nur aktiv werden, wenn ein Schaden vorliegt. „Schon der Versuch muss hart bestraft werden“, fordert der Bitkom-Sprecher. Die Zahl der Betrugsversuche nimmt international zu. Die Anti-Phishing-Arbeitsgruppe APWG registrierte in ihrer jüngsten Statistik monatlich über 23.000 Attacken. Die Betrüger unterhielten **weltweit mehr als 37.000 gefälschte Bank-Webseiten.**

Chinesische Aktien

Achtung: Flop-Ten

„Schwach“ bis „sehr schwach“. So stuft RateFinancials, eine auf institutionelle Anleger spezialisierte Research-Firma, die grossen chinesischen Konzerne ein. Untersucht hat die in New York beheimatete RateFinancials Gewinndynamik, Corporate Governance und Rechnungslegung der zehn grössten an der New Yorker Börse kotierten Firmen: **China Life, China mobile, China Petroleum & Chemical, China Telecom, China Unicom, Huaneng Power, PetroChina, Sinopec Shanghai Petrochemical, Suntech Power** und **Yuanzhou Coal**.

„Alle diese Firmen sind staatlich kontrollierte Unternehmen, die sich als unabhängige Publikums-gesellschaften tarnen“, kritisiert Victor Germack, Gründer und Geschäftsführer von RateFinancials. In Anbetracht der mangelhaften Transparenz sei es unmöglich ihre finanzielle Situation einzuschätzen. Und wo doch Informationen offengelegt würden, seien diese in einem oft sehr mangelhaften Englisch aus dem Chinesischen übersetzt, ergänzt Germack.

Sein Resümee: „Angesichts der erheblichen Anlegerrisiken dieser Firmen ist es sowohl erstaunlich als auch enttäuschend, dass diese Firmen überhaupt zur Kotierung an der New Yorker Börse zugelassen worden sind.“ **Für den Anleger** ergibt sich ein klares Fazit: Hände weg von den chinesischen Börsenschwergewichten! Sie sind viel zu hoch bewertet, gemessen an den Bilanzrisiken und der möglicherweise überschätzten Gewinndynamik.

GOLD MARKT

Gold Währungen Aktien Politik

12.09.2007

John Hill, Analyst der Citigroup: "Es hat den Anschein, als hätten die Zentralbanken die Kontrolle über den Goldpreis verloren."

Kommentar: John Hill scheint keinen Zweifel daran zu haben, dass die Zentralbanken den Goldpreis kontrollieren (manipulieren) oder zumindest kontrolliert (manipuliert) haben.

Die harte Haltung der Bank von England hat mit **Northern Rock** nun zum ersten Gau in der britischen Finanzbranche geführt. Für eine Branche, die sich keineswegs schwach gefühlt hat, war es ein harter Serienhieb, dass Northern Rock Hilfe von der Notenbank erbeten hat, um solvent zu bleiben. Der Run auf die Bank ist problematisch.

Die gleichen Fehler wie in den 30er Jahren? Die Bank von England hatte als Einzige der grossen Notenbanken nicht den eigenen Kapitalmarkt mit Liquidität geflutet. Die Notenbanker hielten die Taschen zu und argumentierten, dass es die Angelegenheit der Banken sei, wenn sie sich verspekuliert hätten. Im Grundsatz richtig, aber für die Praxis eine unglückliche Entscheidung. Sie führte dazu, dass sich britische Banken über ihre Töchter in der Eurozone aus dem Liquiditätstropf der Europäischen Zentralbank bedienten.

Nur in wenigen Ausnahmen, wie beispielsweise Barclays, nutzten die Banken die Notfallliquidität der Bank of England aus. Insbesondere weil jeder Hilfe Suchende sofort ausgegrenzt und als genereller Problemfall angesehen wird. Obendrein schmerzen natürlich auch die hohen Strafzinssätze, die aktuell bei fast 7 % liegen.

Für uns liegt das Problem im Pfund. Die Erwartung ist, dass die Bank von England nun den Rückwärtsgang einlegen muss, um nicht eine Bankkrise wie 1973 zu verursachen. Für den Pfund-Leitzins könnte also eine schnelle Zinssenkungsfolge bevorstehen, womit das Pfund in einer äusserst schwachen Position zum Euro stehen würde.

Der Bürger liebt das Finanzamt mit der gleichen Leidenschaft wie der Metzger den Vegetarier. Deshalb fällt es EU-Bürgern leicht, ihren Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen. Die niedrigen Tarife bei den Einkommenssteuern sind überzeugend. Das Freizügigkeitsabkommen hat Wohnsitznahme und Erwerbstätigkeit zusätzlich erleichtert.

Deutsche mit 9 Bio. EUR privatem Vermögen

"Die Deutschen sparen zu immobilienlastig"

Laut dem Bundesverband Deutscher Banken (BDB) verbirgt sich mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens 4.8 Bio. EUR in Immobilien. Das Geldvermögen, sprich die Anlage auf Sparkonten, in Wertpapieren, Lebensversicherungen oder Fonds, beträgt lediglich 4.5 Bio. EUR.

Markus Zschaber, Vermögensverwalter bei der VMZ meint dazu: "Die Deutschen sparen zu immobilienlastig" und wegen der geringen Renditen in diesem Sektor droht vielen deshalb die Altersarmut.

Weniger als 20 % sind in Aktien oder Investmentfonds angelegt. Dem Vermögensexperten ist der Aktienanteil zu gering, schliesslich sei diese Anlageform die renditestärkste überhaupt, so Zschaber.

BörseGo

US-Notenbankchef Ben Bernanke hat sich gemäss der Meinung zahlreicher Experten mit der überraschenden deutlichen Senkung des Leitzinssatzes um 0.5 Prozentpunkte auf 4.75 Prozent auf den Spuren seines Vorgängers Alan Greenspan begeben.

Laut dem Professor der Carnegie Mellon Universität in Pittsburgh, Alan Meltzer, hat die Fed in der höher als erwarteten Senkung den gleichen Fehler von früher wiederholt. Es werde nahezu das gesamte Augenmerk auf eine mögliche Rezession gelegt und der Inflationsgefahr nur sehr wenig Beachtung geschenkt.

GOLD MARKT

Gold Währungen Aktien Politik

Chinas Inflationsrate steigt im August auf 6.5 %.

Unterhosen-Models statt Unternehmer

Warum finden sich auf der Kandidatenliste für die anstehenden Parlamentswahlen kaum Unternehmer und Manager aus kotierten Firmen?" Diese Frage stellte mir unlängst eine Kommunikationsberaterin. Meine nicht ganz ernst gemeinte Antwort: - Migros sucht für ihre Modewerbung freizügige Nationalratskandidaten. Weniger gefragt scheinen stattdessen profunde Wirtschaftserfahrungen, wie sie in den Neunzigerjahren etwa ein Konzernchef wie der Winterthur-CEO Peter Spälti in den Nationalrat einbrachte. Die heutigen Wahlchancen solcher Manager sind gering. Weit verbreitet in der Wählerschaft ist nämlich das Vorurteil einer generellen "Abzockerei" auf der Chefetage. Aus Aktionärsicht relativiert sich der Vorwurf: Kaum ein Anleger wird dem CEO ein zweistelliges Millionengehalt verübeln, wenn dieser den Börsenwert der Firma um Milliarden gesteigert hat.

Doch die Diskussion um angebliche Lohnexzesse darf Anlegern nicht egal sein. Schnell werden von linker Seite Rufe laut zur Abschöpfung und Umverteilung von Spitzenlöhnen und Börsengewinnen - mit verheerenden Fiskalfolgen. Dessen ist sich der Wirtschaftsverband Economiesuisse bewusst: Er beschloss eine Verschärfung des Code of Corporate Governance. Damit folgt unser Land einem internationalen Trend. Im Frühsommer erliess etwa die deutsche Kodex-Kommission restriktivere Empfehlungen für Abgangsschädigungen. Auch hierzulande will Economiesuisse künftig keine "goldenen Fallschirme" mehr.

Und in Grossbritannien sind heute schon Vergütungsberichte der Generalversammlung vorzulegen. Es geht nicht darum, dass Manager bei ihren Löhnen die Hosen herunterlassen wie Unterwäsche-Models. Es geht um Vertrauensbildung. Vielleicht werden so wieder mehr Manager als Parlamentarier wählbar.

Von **Chefredaktor Urs Aeberli** über die National- und Ständeratswahlen.

Goldrallye

Spanien, Frankreich und Indien sei Dank

Nach einer rund viermonatigen Korrekturphase von Mitte April bis Mitte August steigt der Goldpreis wieder. Und der Aufwärtstrend dürfte noch einige Zeit anhalten, denn: Einerseits wird sich das Angebot an dem gelben Metall in den kommenden Monaten weiter verringern, andererseits wird die Nachfrage deutlich steigen. Ersteres liegt vor allem daran, dass die Nationalbanken von Spanien und Frankreich ihre für 2007 geplanten Verkäufe weitgehend abgeschlossen haben. Anders als in der ersten Jahreshälfte werden sie in den nächsten Monaten praktisch kein staatliches Gold mehr in die Edelmetallmärkte pumpen.

Gleichzeitig startet zudem die beste Saison für das Edelmetall, denn im Herbst decken sich traditionell die indischen Goldverarbeiter, sprich: Schmuckhersteller, mit neuem Material ein. Hintergrund: die bevorstehende Heiratssaison im Land der Maharadschas.

Eine der letzten - angeblichen - Steueroasen Europas steht zum Verkauf: **Michael Bates** will sich nach 40 Jahren von seinem Mini-staat Sealand vor der englischen Küste trennen, bei 750 Millionen Euro liegt die Verhandlungsbasis. Bates preist die frühere Navy-Festung dabei auf seiner Homepage in krullern Deutsch an: "Wie würde du mögen zu eigenem das souveräne Fürstentum von Sealand?" Die Regierung des selbsterklärten Zwergstaates hat es übrigens auf den rund 550 Quadratmetern Stahl nicht ausgehalten. Seit Jahren residiert Ministerpräsident Johannes Seiger in Zürich.

Geschenke

Teure Blumen von der Firma

Die neue Pauschalsteuer, die Arbeitgeber für ihre Geschenke an Geschäftskunden und Mitarbeiter abführen können, damit diese auch grössere Präsente nicht versteuern müssen, hat einen Haken: Für alle pauschal versteuerten Sachleistungen an Mitarbeiter müssen der Angestellte und der Arbeitgeber Sozialabgaben zahlen - selbst für den Blumenstraus zum Geburtstag. Die Sozialabgabepflicht hat das Bundesarbeitsministerium nun bestätigt.

Nur für die beschenkten Geschäftskunden ist es rundum von Vorteil, wenn der Unternehmer die 30 Prozent Pauschalsteuer abführt.

Arbeitgeber können aber auch weiterhin die bisherige Regelung ohne die Pauschalbesteuerung nutzen. Danach werden für Geschenke zu einem persönlichen Anlass erst bei einem Wert über 40 Euro Steuern und Sozialabgaben fällig, kleinere Präsente bleiben abgabenfrei. Entschieden sich der Chef aber für die Neuregelung, ergibt sich für kleinere Präsente diese Rechnung. Schenkt der Arbeitgeber dem Mitarbeiter zum Geburtstag Wein für 36 Euro und zum Jubiläum CDs für 39 Euro, zahlt der Chef 22.50 Euro Steuern, und der Beschenkte und er müssen je rund 15 Euro (etwa 20 Prozent) Sozialversicherungsbeiträge leisten.

WOLFGANG BOGEN GMBH Wirtschaftsberatung

Allein die Deutsche Bank sitzt möglicherweise auf 29 Milliarden Euro fauler Kredite, die in den nächsten 9 Monaten neu zu bewerten sind. Insgesamt werden Käufer für Kredite in Höhe von 220 Mrd. Euro gesucht, die man wahrscheinlich nur nach und nach mit Milliardenabschlägen verramschen kann. Sollte dabei das Eigenkapital der derzeitigen Besitzer aufgezehrt werden, stellt sich die Frage, wer dann einspringt. Bis dahin dürfte es überwiegend bergab gehen.